

In den letzten Jahren wurde in der Sowjetunion die Geschichte der Stalinzeit intensiv aufgearbeitet. Die Öffentlichkeit bekam endlich die Möglichkeit, sich ein Bild über die Verbrechen dieses Regimes zu machen. Trotzdem ist das Mosaikbild bei weitem noch nicht vollständig. So wurde bis heute über die enge Zusammenarbeit zwischen Stalins und Hitlers Geheimdiensten kaum berichtet — auch in Deutschland nicht. Der österreichische Historiker Hans Schafranek hat sich dieses Themas angenommen und 1990 im ISP-Verlag Frankfurt am Main ein ausführliches und beeindruckendes Buch „Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937 — 1941“ veröffentlicht. Die Publizistin Irina Schtscherbakowa hat in der russischen MN-Ausgabe den Inhalt dieses Buches zusammenfassend dargelegt, womit sie Neuland für die sowjetische Presse betrat. Wir drucken diesen Artikel vollständig nach, weil er auch für deutsche Leser von Interesse sein dürfte.

Dezember 1939. „Unser Transport umfaßte achtundzwanzig Männer und uns drei Frauen... Alle Gesichter waren gleich starr vor Angst. Wir standen und blickten über diese Eisenbahnbrücke, die die Grenze bildete zwischen dem von den Deutschen besetzten Polen und dem von den Russen okkupierten Teil. Über die Brücke ging ein Soldat langsam auf uns zu. Als er näher kam, erkannte ich die Soldatenmütze der SS. Der NKWD-Offizier und der von der SS hoben grüßend die Hand an die Mütze. Aus einer hellbraunen, länglichen Tasche zog der NKWD-Offizier eine Liste... da sah ich, wie sich drei von unserer Gruppe absonderten und erregt mit dem NKWD-Offizier sprachen. Irgendwer flüsterte: „Die weigern sich, über die Brücke zu gehen! Es waren der jüdische Emigrant aus Ungarn, ein deutscher Lehrer namens König und ein junger Arbeiter aus Dresden, über den ich später erfuhr, daß er an einem bewaffneten Zusammenstoß mit den Nationalsozialisten vor 1933 beteiligt war... Ihm gelang es zu fliehen und nach Sowjetrußland zu emi-

### Begrüßung durch SS-Mann

grieren... Er war in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Dann sah ich, wie die drei über die Brücke getrieben wurden...“  
Das ist ein Ausschnitt aus den Erinnerungen von Margarete Buber-Neumann „Als Gefangene bei Hitler und Stalin“, die 1949 in Frankfurt am Main erschienen sind.

# Hand in Hand mit der Gestapo

## Stalins Geheimdienst NKWD hat Hunderte Antifaschisten nach Deutschland abgeschoben

Reich vor und nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 in Erfahrung zu bringen.

Die Auslieferung der vom NKWD (Volkskommissariat des Inneren, Vorläufer des KGB — die Red.) verhafteten Deutschen verbindet man gewöhnlich gerade mit diesem Pakt. Dank den Archivforschungen Hans Schafraneks aber wird vollkommen klar, daß die aktive Abschiebung (Einzelfälle hatte es auch schon früher gegeben) schon Anfang 1937 begann. Noch vor dem Abschluß des Pakts wurden mehrere hundert Personen aus der UdSSR nach Deutschland ausgewiesen, die Gesamtzahl der Ausgewiesenen und Ausgelieferten beträgt etwa eintausend.

Die Vorgeschichte der Zusammenarbeit von NKWD und Gestapo ist so: Im Frühjahr 1936 sprach der deutsche Botschafter Schulenburg Molotow<sup>1)</sup> und Litwinow<sup>2)</sup> den Wunsch der deutschen Seite aus, daß die deutschen Bürger, die in ein NKWD-Untersuchungsverfahren verwickelt und in den Augen der Sowjetbehörden als weniger belastet angesehen worden sind oder solche, gegen die keine ausreichenden Beweise vorliegen, aus der UdSSR ausgewiesen werden. Im November 1936 wandte sich Schulenburg nochmals an Litwinow mit der Bitte, das Schicksal der verhafteten Reichsangehörigen zu klären. Litwinow informierte ihn über 22 Fälle, wobei alle Personen entweder der „Spionage“ oder der „faschistischen Tätigkeit“ beschuldigt wurden. Dabei gab die sowjetische



Nach Abschluß des Pakts mit Hitler am 23. 8. 1939 hebt Stalin sein Glas — das Todesurteil für viele Antifaschisten. Foto: Archiv

Seite erstmals zu verstehen, daß eine Ausweisung möglich sei.

Anfang 1937 leitete der Stellvertretende Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Krestinski, Schulenburg mit, daß laut Urteil der Sonderberatung (eine der pseudogerichtlichen Instanzen der Stalin-Zeit — die Red.) zehn Personen aus der UdSSR nach Deutschland auszuweisen seien.

In der Praxis sah das so aus: Die deutsche Botschaft wendete sich an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, und dieses nimmt Kontakt mit dem NKWD auf. In den Berichten, die die Botschaft nach Berlin schickte, klagte sie ständig über Schwierigkeiten:

Kaum knüpft sich ein dienstlicher Kontakt mit einem sowjetischen Funktionär bei den Ausweisungsverhandlungen an, und schon verweigert dieser „auf Dauerurlaub“ (in der UdSSR entfaltete sich in diesen Monaten gerade der „Große Terror“). Nichtsdestoweniger ging die Abschiebung mehr oder weniger intensiv weiter. Die deutsche Botschaft leitete dem sowjetischen Außenministerium ihre Listen zu, die Sowjets erwiderten aber mit ihren eigenen Listen. Die Deutschen versuchten wie sie nur konnten zu erraten, warum diese oder jene Person ausgewiesen wird, waren jedoch außerstande, dies Logik des NKWD zu enträtseln. Unter den Ausgewiesenen befanden sich technische Spezialisten, Pultemigranten (die deutschen Behörden ahnten mitunter überhaupt nicht, daß sich diese Personen in der UdSSR befanden) und einfache Menschen, die seit Jahrzehnten in Rußland lebten. Gemeinsam für sie war nur eins: Sie alle befanden sich in Haft.

Wie nahmen nun die Auszuweisenden selbst ihr Urteil auf? Es gab solche, die meinten, besser wäre es in der Heimat zu sitzen, wenn sie schon verurteilt sind, und die auf der Ausweisung sogar bestanden. Sehr oft wurde die Ausweisung jedoch als Tragödie aufgenommen. Ein deutscher Botschaftsvertreter, dem es erlaubt wurde, die Auszuweisenden in Anwesenheit von Mitarbeitern des NKWD und des Außenministeriums zu besuchen, berichtete über einen solchen Fall: Pfeiffer, „durch die Haft stark mitgenommen aussehend, erklärte dennoch sofort, er wolle nicht nach Deutschland zurückkehren, weil er Kommunist sei und deshalb dort sofort verhaftet werden würde.“

Selbstverständlich wurde Pfeiffer ausgewiesen, und sein weiteres Schicksal ist unbekannt. Aus einem Bericht der Berliner Gestapo, der in demselben Politischen Archiv aufbewahrt wird, erfahren wir aber, was mit einem anderen Ausgewiesenen, dem Lithographen Otto Walther, geschehen ist, der seit 1908 in Leningrad gelebt hatte. Er verbrachte viele Monate im Gefängnis, wurde dann nach Deutschland abgeschoben und hat sich sofort nach der Ankunft in Berlin aus dem Fenster der Pension, wo man ihn unterbrachte, gestürzt.

Manchmal wurden auch vorher gar nicht verhaftete Personen ausgewiesen. So ging es beispielsweise dem bekannten deutschen Schauspieler Erwin Geschonnek. 1937 spielte er im deutschen Theater in Odessa die Rolle eines NKWD-Untersuchungsrichters, der erfolgreich eine Schädlingerverschwörung aufdeckte. Das NKWD führte aber seine eigenen Stücke auf: Die Truppe wurde aufgelöst, Geschonnek wurde aus der Partei ausgeschlossen und binnen dreier Tage aus der UdSSR ausgewiesen. Bald geniet er in ein deutsches KZ.

Nach dem Pakt 1939 änderte sich die Situation mit der Ausweisung. Nun bittet die deutsche Botschaft nicht mehr höflich, sondern sie fordert: Es sei „mit den gegen-

wärtigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR nicht zu vereinbaren, daß eine so große Zahl von Reichsangehörigen in sowjetischen Gefängnissen inhaftiert ist“ (es handelte sich um ungefähr 500 Personen). Angesichts der nachdrücklichen Forderungen Schulenburgs bat ihn der damalige Stellvertretende Außenminister Potjomkin, am 11. November 1939 sich direkt an Stalin und Molotow zu wenden. Am 14. November 1939 wurde Schulenburg von Molotow empfangen, der ihm versicherte, er werde sich selbst mit dieser Frage befassen.

Die deutsche Botschaft nannte keine Namen und verlangte keine konkreten Personen, das NKWD konnte also nach eigenem Gutdünken verfahren. Am 27. November wurde schließlich die entsprechende Vereinbarung getroffen. Die erste Personengruppe wurde abtransportiert: Ein Weihnachtsgeschenk des NKWD für die Gestapo.

Es handelt sich nun nicht mehr um Ausweisungen, sondern um eine direkte Auslieferung in die Hände der Gestapo. Vor 1939 hatte ein Ausgewiesener einen Paß erhalten, wenn auch mit einem Kurzzeitvisum. Er hatte eine Chance, unterwegs zu fliehen: Die UdSSR hatte ja keine gemeinsame Grenze mit Deutschland. Nach dem Pakt gab es schon keine Pässe mehr, sondern nur ein Dokument für alle Auszuweisenden. Es wurde zusammen mit den darin verzeichneten Personen von einem NKWD-Offizier auf der Brücke in Brest-Litowsk einem Gestapo-Offizier ausgehändigt. 1937 — 1938 hatte man die Deutschen laut Urteil einer Sonderberatung nach einem Untersuchungsverfahren ausgewiesen. 1939 wurden Personen ausgeliefert, die schon zwei bis drei Jahre in sowjetischen Gefängnissen und Straflagern verbracht hatten. Erschöpfte Häftlinge wurden aus Orjol und Jaroslavl, Norilsk und Workuta gebracht und in Sonderzellen im Butyrka-Gefängnis eingewiesen. Hier verpflegte man sie etwas besser und gab ihnen eine bessere Kleidung: Das war eine Vorbereitung zur Auslieferung. Genauso wie 1937 und 1938 füllten sich die Zellen mit Menschen, die allen Grund hatten, die Gestapo zu fürchten. Hier hatte das NKWD keinerlei Zweifel. Die deutsche Seite weigerte sich anfangs, Juden und Staatenlose zu empfangen, das NKWD bestand jedoch darauf. Um die Auslieferung nicht hinauszuschieben, nahm man alle auf. Während das deutsche Außenministerium seine Bedenken in bezug auf staatenlose Kommunisten hatte, interessierte sich die Gestapo gerade für sie.

Am 5. Dezember 1939 berichtete Generaloberst Keitel an das deutsche Außenministerium: „Die Abschiebung von Juden in das russische Gebiet vollziehe sich... nicht so anstandslos, wie es anscheinend erwartet wurde. Praktisch gesprochen gehe die Sache so vor sich, daß z. B. an einem stillen Ort im Walde tausend Juden über die russische Grenze abgeschoben würden; 15 Kilometer davon kämen sie wieder zurück, wobei der betreffende russische Befehlshaber den deutschen nötigen wollte, den Schub wieder anzunehmen.“

Im deutschen Archiv ist der Text des Gesprächs erhalten geblieben, das der SS-Führer Gustav Wächter mit dem sowjetischen Hauptbevollmächtigten Wladimir Jagnarow (Generalmajor Jagnarow wurde im Juli 1956 aus den Organen des Innenministeriums in die Reserve versetzt) führte. „Auf den Hinweis, ob er nicht auch Juden aufnehmen wolle, da man in Sowjet-Rußland doch den Antisemitismus nicht kenne, hat sich Herr Jagnarow sehr ablehnend verhalten und gemeint, wir werden schon andere Wege finden, die Juden zu beseitigen.“

### Poker mit Menschenleben

Von Dezember 1939 bis April 1941 standen das NKWD und die Gestapo in unmittelbarem Kontakt miteinander, die Beziehungen zwischen den Strafapparaten der beiden Regime erinnerten an ein Spiel: Die Partner setzten sich an einen Tisch und spielten, wobei einer den anderen zu betrügen suchte.

Der bekannte Physiker Alexander Weissberg-Cybulski schildert in seinem Memoirenbuch „Hellsabbat“ die Atmosphäre in den Sonderzellen: „Die Gefangenen in der Ausweisungszelle der Butyrka standen... unter dem Druck beider Apparate. Sie mußten das NKWD noch fürchten und schon die Gestapo. Ein altzu freies Wort hier konnte noch vom Stalinschen Apparat verfolgt werden. Eine altzu sowjetische Haltung einige Wochen später vom Apparat der Gestapo. Man mußte sehr vorsichtig sein, es konnten in der Zelle noch Spitzel des NKWD sitzen. Aber auch künftige Spitzel der Gestapo, die schon jetzt entschlossen waren, die Gunst der Deutschen durch den Verrat an ihren Genossen zu kaufen.“

Man kann sich kaum vorstellen, was mit den Menschen geschah, die in diese Teufelsmühle geraten waren. Jene, die man an die Deutschen ausliefern wollte, wurden gleichsam gezwungen, NKWD-Agenten zu werden, weil man sie beispielsweise falsche Geldempfangsbestätigungen unterschreiben ließ. Jenen aber, die sich weigerten, dies zu tun, drohte man, wenn es Kommunisten waren, man werde der Gestapo kompromittierende Papiere gegen sie geben. Es gibt Beweise, daß man das auch wirklich tat. Die aus der

UdSSR ausgewiesene deutsche Kommunistin Genrud Meyer berichtet in ihren Erinnerungen, sie habe während der Verhöre durch die Gestapo begriffen, daß sie Angaben über ihr Leben und ihre Arbeit in der UdSSR besitzen, die sie nur vom NKWD hätten bekommen können.

Nach dem Abschluß des Pakts und der Aufteilung Polens handelten die deutschen Sonderdienste in Warschau und Krakau auf Weisungen des Reichssicherheitsamts, das ihnen befahl, engen Kontakt mit den NKWD-Diensten in Peremyschi und Brest aufzunehmen, um die problemlose Überquerung der Grenze durch die Ausgelieferten zu sichern.

### Juden wollte keiner haben

Während die Auslieferung auch wirklich problemlos verlief, stand es mit der sogenannten Umsiedlung nicht so einfach. Über die mit dieser Umsiedlung verbundenen haarsträubenden Episoden ist in der Sowjetunion wenig bekannt: Der bald ausgebrochene Krieg hat alles vertuscht. Laut einer von den Deutschen und den Sowjets am 16. November 1939 unterzeichneten Vereinbarung waren Bürger deutscher Abstammung aus dem von den sowjetischen Truppen besetzten Teil Polens nach Deutschland und die ukrainische und belorussische Bevölkerung dieser Gebiete in die UdSSR umzusiedeln.

Deutscherseits befähigte sich damit ein Umsiedlungskommando, das vorwiegend aus SS-Leuten bestand. Zwei Monate lang agierte es völlig frei in dem sowjetisch besetzten Teil Polens und kontrollierte zusammen mit den entsprechenden NKWD-Diensten die Umsiedlung von Tausenden und Abertausenden Personen deutscher Abstammung. Wesentlich größere Schwierigkeiten gab es beispielsweise mit der Umsiedlung der Ukrainer, die gar nicht in die UdSSR wollten. Das Schlimmste widerfuhr aber zahlreichen jüdischen Teilen der Bevölkerung dieser Landstriche. Sowohl die sowjetischen als auch die deutschen Behörden waren bemüht, Tausende von Juden in die Züge hineinzuverfrachten oder, ohne die andere Seite in Kenntnis zu setzen, sie einfach hinter die Demarkationslinie abzuschleppen.

Am 5. Dezember 1939 berichtete Generaloberst Keitel an das deutsche Außenministerium: „Die Abschiebung von Juden in das russische Gebiet vollziehe sich... nicht so anstandslos, wie es anscheinend erwartet wurde. Praktisch gesprochen gehe die Sache so vor sich, daß z. B. an einem stillen Ort im Walde tausend Juden über die russische Grenze abgeschoben würden; 15 Kilometer davon kämen sie wieder zurück, wobei der betreffende russische Befehlshaber den deutschen nötigen wollte, den Schub wieder anzunehmen.“

Im deutschen Archiv ist der Text des Gesprächs erhalten geblieben, das der SS-Führer Gustav Wächter mit dem sowjetischen Hauptbevollmächtigten Wladimir Jagnarow (Generalmajor Jagnarow wurde im Juli 1956 aus den Organen des Innenministeriums in die Reserve versetzt) führte. „Auf den Hinweis, ob er nicht auch Juden aufnehmen wolle, da man in Sowjet-Rußland doch den Antisemitismus nicht kenne, hat sich Herr Jagnarow sehr ablehnend verhalten und gemeint, wir werden schon andere Wege finden, die Juden zu beseitigen.“

Der Krieg, der im Juni 1941 ausbrach, setzte dieser jüdischen Zusammenarbeit ein Ende. Viele deutsche Emigranten, die in lern Straflagern gesessen hatten und die auszuliefern waren, saßen noch etwa zehn Jahre länger in der UdSSR. Das Schicksal der Ausgelieferten gestaltete sich unterschiedlich, hierüber gab es in Deutschland exakte Vorschriften: Diejenigen, gegen die es kompromittierendes Material gab, erwartete ein KZ, die „Unbefleckten“, die im passenden Alter waren, wurden in die Wehrmacht eingezogen, die Juden mußten in Ghettos und von dort in Vernichtungslager.

Schon wieder werden Seiten der sowjetischen Geschichte im Westen aufgeschlagen. Wir hätten längst selbst mit dem Blättern beginnen sollen.

IRINA SCHTSCHERBAKOWA

<sup>1)</sup> Wjatscheslaw Molotow (1890 — 1966), enger Vertrauter Stalins, in jener Zeit Vorsitzender des Rates der Volkskommissare (des Ministerrates), später auch Außenminister.  
<sup>2)</sup> Maxim Litwinow (1876 — 1951), Volkskommissar (Minister) für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR von 1930 bis 1939.

## Die Aktiengesellschaft ORGKOMITEE

investiert freie finanzielle und materielle Ressourcen von Betrieben und Unternehmern in den Bau und die Instandsetzung von Wohnraum und anderen Bauobjekten, in Restaurierungsarbeiten und in die Dienstleistungsbranche.

Fertiggestellte Objekte werden an den Wohnungs- und Immobilienbörsen realisiert und an sowjetische und ausländische Firmen und Privatpersonen vermietet bzw. verpachtet.

Es werden kooperationswillige Betriebe, Organisationen und Banken gesucht, die über freie Baukapazitäten oder freie Finanzmittel verfügen.

Die Zusammenarbeit beim Bau und bei der Instandsetzung von Immobilien dient den Interessen aller, die daran teilnehmen.

## Telefon in Moskau

203 26 55

202 11 76

202 15 35